

Steuerstreit: EU fordert von der Schweiz Konzessionen

EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta will ein «ambitioniertes Abkommen» mit der Schweiz.

BRÜSSEL Die EU-Kommission wolle mit der Schweiz ein möglichst «ambitioniertes Abkommen zum Informationsaustausch» abschliessen. Dies sagte EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta, angesprochen auf das in Kürze zu erwartende Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz über die erweiterte Anwendung der Zinsbesteuerung.

Direkt sagte Semeta zwar nicht, dass der Mandatsentwurf der Kommission den automatischen Informationsaustausch fordert. Er verwies aber auf die Entwicklungen vom vergangenen Wochenende beim Treffen der G-20-Finanzminister. Dort wurde der Wille zum automatischen Informationsaustausch bekräftigt. «Die Kommission ist für Verhandlungen mit der Schweiz bereit, sobald sie das Mandat dazu hat», sagte Semeta weiter. Um mit der Schweiz, aber auch anderen Drittstaaten wie Monaco, Andorra, Liechtenstein und San Marino zu verhandeln,

braucht die EU-Kommission ein Mandat der EU-Mitgliedstaaten. Sie entscheiden am Schluss über den Geltungsbereich des Mandats. Semeta hofft nun auf den nächsten EU-Finanzministerrat am 14. Mai. Bereits am informellen Rat der EU-Finanzminister in Dublin Mitte April signalisierten die Finanzminister Zustimmung zur Ausweitung des automatischen Informationsaustauschs. Österreichs Finanzministerin Maria Fekter sprach sich dagegen aus.

Gestern gab EU-Steuerkommissar Semeta in Brüssel bekannt, einen 45-köpfigen Expertenrat einzusetzen. Mit dessen Hilfe will die EU-Kommission die Fortschritte ihrer Mitgliedstaaten im Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung kontrollieren und besser koordinieren. «Mit dem Kampf gegen Steuerparadiese beschützen wir die fairen Steuersysteme, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie die Solidarität unter unseren Mitgliedstaaten», sagte Semeta vor den Medien. Er begrüsse das härtere Vorgehen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich. (sda)

Kolumne



Jan Hudec
SN-Redaktor

Müde vom Krieg

Ich wohne bei Sima Samar. Die afghanische Menschenrechtlerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises ist schon seit 1985 mit Vreni Frauenfelder von der Schaffhauser Afghanistanhilfe befreundet. Die beiden lernten sich damals in einem pakistanischen Spital kennen. Auch Vreni Frauenfelder, die von allen respektvoll Sister Vreni genannt wird, übernachtet jeweils hier, wenn sie in Kabul ist. Die beiden Frauen haben gemeinsam schon viele Hilfsprojekte auf die Beine gestellt. Das Haus ist gut bewacht, im Garten patrouillieren Männer mit Kalaschnikows. Das hat durchaus seinen Grund. Auf Samar wurden schon mehrfach Attentate verübt.

Sima Samar lädt mich zum Abendessen ein. Im Wohnzimmer sitzt die Familie bereits versammelt auf Kissen am Boden, als ich die Treppe herunterkomme. Sie bieten mir einen Platz an in ihrer Runde. Es gibt Spinat mit wildem Rhabarber, dazu Reis und frische Minzeblätter und wie zu jeder Mahlzeit hier Joghurt und Fladenbrot. Im Fernsehen, man glaubt es kaum, läuft die afghanische Version von Deal or

No Deal. Der Moderator hat allerdings, abgesehen davon, dass er auch so geschleckt aussieht, keine Ähnlichkeit mit Kilchspurger. Besonders verblüffend für mich: Es ist ein Frau mit locker sitzendem Kopftuch (die Haare sind zu sehen), die hier um eine Million Afghani spielt. Und wo bei uns Sexy Girls die Koffer mit den verschiedenen Geldbeträgen öffnen, sind es hier gestandene Männer, die den Anweisungen der Kandidatin folgen.

Unterbrochen wird das Programm von Reklame. Nach einem Spot für einen Nestlé-Fruchtsaft läuft eine Werbung für die afghanische Polizei. Ich verstehe zwar kein Wort, aber es ist offensichtlich, dass den jungen Männer gezeigt werden soll, dass Polizist ein ehrenwerter Beruf ist, bei dem man sich eine Menge Respekt verdienen kann. Ich frage Sima Samar, ob die jungen Afghanen gerne zur Polizei möchten, immerhin ist das hier ein äusserst gefährlicher Job. «Ja», sagt sie, «obwohl täglich 10 bis 20 Polizisten ihr Leben verlieren.» Die junge Generation sei bereit, für eine neues, sicheres Afghanistan zu kämpfen. «Nach 35 Jahren sind wir müde vom Krieg.»

SN-Redaktor Jan Hudec ist auf Einladung der Afghanistanhilfe Schaffhausen in der Nacht auf Montag nach Afghanistan gereist, um über verschiedene Hilfsprojekte und das Leben der Menschen in diesem vom jahrzehntelangen Krieg versehrten Land zu berichten. In diesen Tagen schildert er in den SN tagebuchartig seine Eindrücke aus Afghanistan. Bebilderte Reportagen werden ab kommender Woche folgen.

Ein neuer Geheimfavorit

Heute wird Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano einen neuen Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Für das Amt des Premiers hat sich ein Jungstar in Position gebracht.

VON DOMINIK STRAUB

ROM Die Standpauke Napolitanos bei seiner Vereidigung zur zweiten Amtszeit am Montag scheint gewirkt zu haben: Zumindest die beiden grossen Parteien, Silvio Berlusconi PDL und der sozialdemokratische PD, haben dem 87-jährigen Staatsoberhaupt gestern bei Blitzkonsultationen versprochen, dass sie einer breit gefächerten Regierung des Präsidenten keine Steine in den Weg legen würden. Mario Monti Mittepartei hatte sich schon zuvor für eine solche Lösung ausgesprochen. Somit fehlt nun nur noch der Premier, der diese Regierung anführen wird. Dieses Geheimnis wird Napolitano heute Mittwoch mit der Erteilung eines Auftrags zur Regierungsbildung lüften.

Der Verschrotter

Die grössten Chancen werden in Rom nach wie vor dem zweifachen Ex-Premier Giuliano Amato und dem Vizechef des PD, Enrico Letta, eingeräumt. Doch seit gestern gibt es einen neuen Geheimfavoriten: den jungen Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi. Der 38-jährige Jungstar des PD hat sich einen Namen damit gemacht, dass er die alte Politikergeneration verschrotten will; ausdrücklich mitgemeint sind die «Dinosaurier» der eigenen Partei. «Sie durften zwanzig oder dreissig Jahre ihren – sehr bescheidenen – Beitrag zu Wohle des Landes leisten. Nun sollen sie abtreten und einer neuen Generation Platz machen», forderte Renzi



Matteo Renzi, Bürgermeister von Florenz, wird plötzlich als Favorit für das Amt des Premiers gehandelt. Bild Key

frech – und machte sich damit bei der alten Garde nicht sehr beliebt.

Der Erste, der Renzi als künftigen Regierungschef ins Spiel brachte, war Matteo Orfini: «In einem schwierigen Moment wie diesem hat der PD die Pflicht, die politische Blockade zu lösen.» Orfini gehört der Gruppe der «Jungtürken» innerhalb des PD an, die dem Bürgermeister von Florenz bisher nicht besonders wohlgesinnt waren: Renzis Herz schlug ihnen zu wenig weit links. Die plötzliche Unterstützung für den unideologischen 38-jährigen Bürgermeister von Florenz wirkt wie ein verspäteter Aufstand einer ganzen Generation von Jungpolitikern aus allen Parteien gegen ihre politischen Überväter. «Renzi den Regierungsauf-

trag zu geben, wäre ein mutiges Signal», erklärte etwa Berlusconi ehemalige Jugendministerin, die 36-jährige Giorgia Meloni. In Umfragen erweist sich Renzi regelmässig als Italiens beliebtester Politiker.

Renzi selber bezeichnete es gestern als «unwahrscheinlich», dass er von Napolitano den Regierungsauftrag erhalten werde. Die Gefahr besteht, dass er als Premier von seiner eigenen Partei und von Berlusconi, der in ihm zu Recht den gefährlichsten Gegner bei etwaigen Neuwahlen sieht, auf kleinem Feuer abgekocht würde und viel von seinem Glanz verlöre. Zudem soll auch Napolitano Vorbehalte gegenüber dem «Verschrotter» haben, besonders was seine internationale Erfahrung anbelangt.

Frankreich führt die Homo-Ehe ein

In der Nationalversammlung kam es bei den Verhandlungen zu tumultartigen Szenen.

PARIS Trotz des erbitterten Widerstands der konservativen Opposition und der katholischen Kirche hat Frankreich als 14. Land weltweit die Homo-Ehe eingeführt. Die Nationalversammlung votierte gestern in einer abschliessenden Abstimmung mit deutlicher Mehrheit für die Homo-Ehe und ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Für die Einführung der Homo-Ehe stimmten in zweiter und letzter Lesung 331 Abgeordnete, 225 Parlamentarier stimmten dagegen. Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses applaudierten die Abgeordneten der regierenden Sozialisten und riefen «Gleichheit, Gleichheit». In

der Nationalversammlung war es kurz zuvor zu tumultartigen Szenen gekommen, als Gegner der Homo-Ehe auf der Publikumstribüne ein Protestbanner entfalten wollten. Die Aktivisten wurden aus dem Saal geführt.

Justizministerin Christiane Taubira sagte, sie sei «stolz» auf die Verabschiedung des Textes. Der Schwulen- und Lesbenverband Inter-LGBT sprach von einer «Befreiung nach Jahren der Mobilisierung für die Gleichheit». Die Nationalversammlung hatte bereits Mitte Februar in erster Lesung für das Vorhaben gestimmt, vor eineinhalb Wochen gab dann der Senat grünes Licht. Der Streit um die Homo-Ehe

hatte die französische Gesellschaft in den vergangenen Monaten gespalten, bei Grossdemonstrationen gingen wiederholt Zehntausende Menschen gegen die Reform auf die Strasse. Die Gegner hatten bereits für gestern Abend eine neue Demonstration geplant.

Die Oppositionsparteien UMP und UDI riefen gestern umgehend nach der Abstimmung den Verfassungsrat an, um das Gesetz anzufechten. Die Senatoren beider Parteien erklärten unter anderem, die gesetzliche Definition der Ehe könne nicht durch ein einfaches Gesetz verändert werden. Die Verfassungshüter haben einen Monat Zeit, den Widerspruch zu prüfen. (afp)

ANZEIGE



digital HDTV ab sofort zusätzliche 35 HDTV Sender

Wir schenken Ihnen die Kosten der Aufschaltgebühren im Wert von **CHF 60.00**

Neu:
total über
290 Sender

Neu:
56 HDTV Sender
davon 41 im
Basis Paket

Neu:
20 Teleclub
Sender in HDTV

**Einzigartige
Ton- und
Bildqualität**

**HDTV auf
mehreren
Geräten ohne
Einschränkungen**

**CI-Modul
ersetzt
Set-Top-Box**



**Über
290 TV-
+ 220 Radio-
sender ab
4.00 CHF/Mt.**



Ihr lokaler Partner

Beratung und Verkauf im **ENERGIEPUNKT**
sasag Kundenzentrum, Vorgasse 38
8200 Schaffhausen, Tel. 052 633 01 77
www.sasag.ch, info@sasag.ch



A1336293